L-1-133-2: Ein bezahlbares Zuhause für alle Berliner*innen schaffen - Für eine soziale Wohnungspolitik, faire Mieten und eine nachhaltige Stadtentwicklung

Antragsteller*innen	Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Berlin (dort beschlossen am: 20.11.2024)

Von Zeile 133 bis 134:

Zu viele Menschen sind in Berlin von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffen. [Leerzeichen]

Nach Zeile 136 einfügen:

Private und landeseigene Wohnungsunternehmen führen Zwangsräumungen durch. Im Jahr 2023 gab es in Berlin auf mehr als 2.000 Fälle. Um Wohnungs- und Obdachlosigkeit präventiv zu verhindern, fordern wir den Ausbau von frühzeitigen Unterstützungssystemen um Menschen in finanziellen Schwierigkeiten schnell und unbürokratisch zu helfen. Sozial- und Schuldnerberatungen sind stärker zu fördern, um Betroffene bereits vor dem möglichen Wohnungsverlust zu unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass Zwangsräumungen verboten werden.